IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

RAT

Halbjährlicher Bericht über den Stand der Umsetzung der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2011/II)

(2012/C 66/03)

Einleitung

Der vorliegende Sachstandsbericht informiert über die Maßnahmen, die im zweiten Halbjahr 2011 zur Umsetzung der vom Europäischen Rat im Dezember 2003 angenommenen MVW-Strategie (Dok. 15708/03) vor dem Hintergrund der vom Rat im Juni 2008 angenommenen „Aktualisierten Prioritätenliste" (Dok. 10747/08) und der im Dezember 2008 vom Rat gebilligten „Neuen Handlungslinien" (Dok. 17172/08) durchgeführt wurden.

Im Anschluss an die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) hat die Hohe Vertreterin mit Unterstützung durch das EAD-Personal seit dem 1. Januar 2011 die meisten Aufgaben, die bisher vom turnusmäßig wechselnden Vorsitz des Rates der Europäischen Union ausgeführt wurden, wahrgenommen und wird schrittweise auch die restlichen Aufgaben übernehmen, die gegenwärtig insbesondere auf einigen internationalen Tagungen noch vom turnusmäßig wechselnden Vorsitz in Unterstützung des EAD ausgeführt werden. Seit dem 1. Januar 2011 führen Vertreter der Hohen Vertreterin den Vorsitz in den mit Nichtverbreitung und Abrüstung befassten Arbeitsgruppen des Rates in Brüssel und sorgen für die Koordinierung der Standpunkte der Europäischen Union in internationalen Foren für Nichtverbreitung und Abrüstung, um so das aktive und sichtbare Engagement der EU im Sinne des Vertrags von Lissabon fortzuführen. Auf einigen internationalen Tagungen hat der turnusmäßig wechselnde Vorsitz weiterhin den Standpunkt der EU oder der EU und ihrer Mitgliedstaaten vertreten, da die EU in den entsprechenden Foren nicht über einen Sitz verfügt.

Im Einklang mit den Zielen ihrer Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verfolgt die Europäische Union weiterhin als Leitgrundsatz und umfassendes Ziel die Förderung der Universalität der internationalen Verträge, Übereinkommen und anderen Instrumente und deren Umsetzung auf nationaler Ebene. Dementsprechend hat die Europäische Union sich auf allen wichtigen Veranstaltungen des zweiten Halbjahrs für diese Ziele eingesetzt, so insbesondere auf der Generalkonferenz der IAEO im September 2011, der Sitzung des Ersten Ausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 2011, der Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und von Toxinwaffen (BWÜ) im Dezember 2011, sowie in einer Reihe weiterer internationaler Foren und auf Jahrestagungen der Vertragsstaaten von Übereinkommen, Konferenzen usw.

Dabei hat die EU weiterhin danach gestrebt, sämtliche verfügbaren Instrumente und Finanzmittel (GASP-Haushalt, Stabilitätsinstrument sowie sonstige Instrumente) auf wirksame und komplementäre Weise einzusetzen, um den Maßnahmen der EU zur Unterstützung von internationalen Organisationen und Drittländern größtmögliche Wirkung zu verleihen.

Die EU hat ihre enge Zusammenarbeit mit Partnern und anderen Drittländern fortgeführt und, was die Notwendigkeit einer Stärkung des internationalen Nichtverbreitungssystems betrifft, auf eine weltweite Annäherung der Standpunkte hingewirkt. Ferner war die EU weiterhin bestrebt, in ihren bilateralen Beziehungen mit allen wichtigen Ländern Nichtverbreitungsfragen zur Sprache zu bringen.

1. NUKLEARFRAGEN

Die Gruppe „Nichtverbreitung“ hat an der Vorbereitung der Tagungen des IAEO-Gouverneursrats, die im September und November 2011 stattfanden, aktiv mitgewirkt. Sie hat im Hinblick auf die Generalkonferenz der IAEO beraten und diese vorbereitet, insbesondere was die Haltung zur Resolution zum Nahen Osten anging. Durch Demarchen seitens einiger EU-Delegationen, die durch Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten in allen Vertragsstaaten der IAEO unterstützt wurden, hat die EU erfolgreich das Gespräch mit den arabischen Staaten gesucht, um das Einbringen einer Resolution über die nuklearen Fähigkeiten Israels und eine Abstimmung darüber zu vermeiden. Sie hat die Durchführung der „Neuen Handlungslinien der EU im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme“ fortgesetzt und über verschiedene in diesem Bereich geplante Maßnahmen, unter anderem auf dem Gebiet der konsularischen Sorgfaltspflicht (consular vigilance) und der Wachsamkeit auf dem Gebiet der Wissenschaften (scientific vigilance), beraten.

1.1 Maßnahmen im Anschluss an die Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV)

Die EU hat konkret zur Umsetzung des auf der NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 angenommenen Aktionsplans, einschließlich der zum Nahen Osten getroffenen Vereinbarungen, beigetragen. Im Nachgang zur NVV-Überprüfungskonferenz hat die Europäische Union im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses 2010/799/GASP des Rates vom 13. Dezember 2010 zur Unterstützung des Vertrauensbildungsprozesses mit dem Ziel der Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist, am 6. und 7. Juli 2011 in Brüssel ein alle Seiten einbeziehendes Seminar erfolgreich durchgeführt.

1.2 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die Europäische Union hat ihre Unterstützung der IAEO in Wien ausgeweitet. Mit über 30 Mio. EUR, die seit 2004 bereitgestellt wurden, ist die EU nach wie vor einer der wichtigsten Geber des IAEO-Fonds für nukleare Sicherung. Auf dem Gebiet der nuklearen Sicherung hat die Europäische Union außerdem mit ihrer technischen Expertise zu den von der IAEO veranstalteten Schulungsmaßnahmen und Seminaren beigetragen, die an Drittländer gerichtet waren und darauf abzielten, die Fähigkeiten dieser Länder zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kernmaterial und sonstigen radioaktiven Stoffen zu verbessern. Die EU und die IAEO haben durch die Arbeitsgruppe für Fragen der Grenzüberwachung ihre Unterstützung von Drittländern in diesem Bereich sehr gut aufeinander abgestimmt. Dazu gehörten neben der Bereitstellung von Detektionsgeräten auch Schulungsmaßnahmen.

Die Europäische Union hat sich verpflichtet, im Wege eines Ratsbeschlusses aus dem Stabilitätsinstrument bis zu 25 Mio. EUR zu der Bank für niedrig angereichertes Uran (LEU) unter der Ägide der IAEO beizutragen und über 5 Mio. EUR für ein internationales Projekt bereitzustellen, das die Erweiterung und Modernisierung des IAEO-Labors in Seibersdorf zum Ziel hat. Konkret heißt dies, dass die erste Rate für die LEU-Bank unter der Ägide der IAEO (in Höhe von 10 000 000 EUR) am 8. Dezember 2011 aus dem Stabilitätsinstrument an die IAEO gezahlt wurde (für den Restbeitrag soll 2012 ein Ratsbeschluss verabschiedet werden) und am 2. Dezember 2011 ebenfalls aus dem Stabilitätsinstrument die erste für das Labor in Seibersdorf bestimmte Rate (4 750 000 EUR) an die IAEO gezahlt wurde. Die EU hat zudem im Rahmen des Programms für gemeinsame Unterstützung der Europäischen Kommission weiterhin in großem Umfang technische Unterstützung für die Arbeit der IEAO auf dem Gebiet der nuklearen Sicherungsmaßnahmen geleistet. Am 13. Oktober 2011 wurde in Wien der 30. Jahrestag des Bestehens dieses Programms begangen. Die Europäische Union hat die verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zudem dazu genutzt, in Drittländern eine sichere und geschützte Umsetzung der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu ermöglichen, und dabei unter anderem auch auf die Hilfe der IAEO zurückgegriffen. Anlässlich der Annahme der Resolution der VN-Generalsversammlung zu dem Bericht der IAEO, die am 1. November 2011 in New York erfolgte, wurde eine Erklärung im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten abgegeben.

1.3 Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)

Gestützt auf die einschlägigen Beschlüsse des Rates zur Unterstützung der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) hat die Europäische Union sich aktiv für ein rasches Inkrafttreten des CTBT eingesetzt und in diesem Sinne Outreach-Maßnahmen durchgeführt, die sich an die verbleibenden Anhang II-Staaten richteten, die den Vertrag noch ratifizieren müssen, damit er in Kraft treten kann.

Auf der informellen Tagung, die das Plenum der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. September 2011 in New York abhielt, um den Internationalen Tag gegen Nuklearversuche zu begehen, wurde eine Erklärung der EU abgegeben. Anlässlich der Konferenz nach Artikel XIV des CTBT, die im September 2011 in New York stattfand, hat die EU eine Erklärung zum Inkrafttreten des CTBT abgegeben, bei dieser

Gelegenheit wurde auch eine schriftliche Erklärung der EU zum 15. Jahrestag der Auflegung des CTBT zur Unterzeichnung vorgelegt. Die EU hat entschlossen an der Umsetzung der Beschlüsse 2008/588/GASP und 2010/461/GASP des Rates vom 15. Juli 2008 bzw. 26. Juli 2010 gearbeitet und hat zudem Beratungen über eine eventuelle weitere Unterstützung der Arbeit des Provisorischen Technischen Sekretariats der CTBTO aufgenommen. Der EU wurde der Status eines ständigen Beobachters bei der CTBTO zuerkannt.

1.4 **Genfer Abrüstungskonferenz (CD)**

Die Europäische Union hat sich nachdrücklich für die rasche Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke (FMCT) stark gemacht. Gleichzeitig hat sie in allen ihren Beiträgen ihre Bereitschaft signalisiert, sich in allen sonstigen auf der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz stehenden Fragen zu engagieren, insbesondere in der Frage der nuklearen Abrüstung, der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum und der negativen Sicherheitsgarantien. Ferner hat die EU die Anstrengungen intensiviert, mit denen sie konstruktiv auf eine Ausweitung der Abrüstungskonferenz hinarbeitet. Die EU wird im Jahr 2012 alle Gelegenheiten nutzen, um die internationale Diskussion über die rasche Aufnahme von Verhandlungen über einen FMCT voranzubringen und intern die entsprechenden Vorbereitungen treffen.

1.5 **Regionale Fragen (Iran, Demokratische Volksrepublik Korea)**

Die Hohe Vertreterin hatte gemeinsam mit China, Frankreich, Deutschland, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten nachhaltig den Ansatz verfolgt, eine führende Rolle dabei innezuhaben, Iran in einen Prozess einzubinden, der dazu dienen soll, Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Charakter des iranischen Nuklearprogramms herzustellen.

Bedauerlicherweise hat Iran bislang trotz der von der Hohen Vertreterin im Namen der E3 + 3 unermüdlich unternommenen Anstrengungen keinerlei Bereitschaft bekundet, ernstlich Gespräche über konkrete vertrauensbildende Maßnahmen aufzunehmen. Die immer schnellere Ausweitung des iranischen Anreicherungsprogramms und die Feststellungen der IAEO in Bezug auf die iranischen Aktivitäten im Zusammenhang mit militärischer Kerntechnik haben dazu beigetragen, die bestehenden Bedenken noch zu verstärken. Gemäß dem zweigleisigen Ansatz hat die EU den Druck auf Iran weiter erhöht, unter anderem auch durch Verschärfung der bestehenden Sanktionen und die Erarbeitung weiterer restriktiver Maßnahmen.

In Bezug auf die Demokratische Volksrepublik Korea hat sich die EU kontinuierlich für eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche eingesetzt. Die Umsetzung der Resolutionen 1718 und 1874 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen wurde weiter vorangetrieben. Die EU ist derzeit damit befasst, die Umsetzung ihre autonomen restriktiven Maßnahmen zu verbessern.

2. **CHEMISCHE WAFFEN**

Der Beschluss des Rates zur Unterstützung der Maßnahmen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) wurde weiter umgesetzt. Ein neuer Beschluss des Rates zur Unterstützung der Maßnahmen der OPCW wurde von der Gruppe „Globale Abrüstung und Rüstungskontrolle“ gebilligt und steht zur Überprüfung durch die Gruppe der Referenten für Außenbeziehungen und das Politische und Sicherheitspolitische Komitee im Hinblick auf eine endgültige Annahme durch den Rat an. Die am Sitz der OPCW in Den Haag tätigen Delegationen befassten sich angesichts der Tatsache, dass die verlängerte Frist für die Vernichtung aller noch vorhandenen Bestände an chemischen Waffen in absehbarer Zeit ausläuft (29. April 2012), mit einem Standpunkt der EU zur künftigen Rolle der Organisation. Vier Prioritäten wurden festgelegt: i) Die Vernichtung der bestehenden Bestände muss zum Abschluss gebracht werden; ii) die Universalität des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) muss gefördert werden (sieben Staaten sind noch nicht beigetreten); iii) der Schwerpunkt muss auf Nichtverbreitungsaktivitäten verlagert werden; iv) im Einklang mit Artikel XI muss der Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf Sicherheit und Sicherung in der chemischen Industrie in Entwicklungsländern gefördert werden, und gemäß Artikel X müssen Maßnahmen gegen den Einsatz chemischer Waffen gefördert werden.

Die Europäische Union hat zudem die Entwicklung der Lage in Libyen aufmerksam verfolgt, wo die OPCW tätig war, um die im Land noch vorhandenen Ausgangsstoffe, die zuvor in Libyens Programm für chemische Waffen (und Kernwaffen) eingesetzt wurden, zu sichern.

3. **BIOLOGISCHE WAFFEN**

Die Europäische Union hat, gestützt auf die vorangegangenen Arbeiten und Konsultationen, ihre Vorbereitungen für die Siebte Überprüfungskonferenz des B-Waffen-Übereinkommens (BWÜ), die im Dezember 2011 in Genf stattfand, abgeschlossen und sich dabei zum Ziel gesetzt, auf einen erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz hinzuwirken und sich für die Stärkung des Übereinkommens einzusetzen. Hierfür hat sie

sich bei ihrer Teilnahme an der Überprüfungskonferenz — nach ihrer aktiven Mitwirkung in der Vorbereitungskommission (im April 2011 in Genf) — auf einen nachdrücklichen Gemeinsamen Standpunkt stützen können, der durch einen Beschluss des Rates vom 18. Juli 2011 festgelegt worden war. Die Hauptprioritäten der EU sind: 1) Vertrauensbildung in Bezug auf die Einhaltung; 2) Förderung der Umsetzung auf nationaler Ebene; 3) Förderung des Beitritts aller Staaten zu dem Übereinkommen.

Die im Rahmen der (nun in einen Beschluss des Rates umgewandelten) Gemeinsamen Aktion der EU zur Unterstützung des BWÜ in verschiedenen Regionen der Welt eingeleiteten Projekte wurden mit Erfolg durchgeführt. Dazu fanden Demarchen, regionale Workshops (insbesondere auf den Philippinen, in der Republik Moldau sowie in Serbien und Peru) und Besuche in den betreffenden Ländern statt, um auf die Universalität des Übereinkommens hinzuwirken und seine Umsetzung auf nationaler Ebene voranzubringen. Ebenso wurde die Gemeinsame Aktion zur Unterstützung der Maßnahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit in Laboratorien weiter umgesetzt. Das Pilotprojekt in Oman wurde am 24. Oktober 2011 mit einer Zeremonie in Maskat erfolgreich abgeschlossen. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Projekts werden derzeit von den anderen dem Golf-Kooperationsrat angehörenden Staaten geprüft.

4. **TRÄGERSYSTEME**

Die EU hat ihre Arbeit gegen die Proliferation von Trägersystemen, bei der sie den Schwerpunkt auf die Unterstützung der Umsetzung des Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen (HCOC) legt, intensiviert. Im Rahmen des Beschlusses 2008/974/GASP des Rates vom 18. Dezember 2008, dessen Umsetzungsfrist am 1. Juli 2011 endete, wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die drei der wichtigsten Aspekte des Kodex betrafen: die Universalität, die Umsetzung und die Verbesserung des Kodex und seiner Funktionsweise.

Auf der Grundlage der bereits durchgeführten Maßnahmen und gestützt auf die in der Gruppe „Nichtverbreitung“ erörterten Vorschläge hat der Europäische Auswärtige Dienst im November 2011 vorgeschlagen, den Anwendungsbereich des nächsten Ratsbeschlusses auszuweiten, um die Umsetzung des Haager Verhaltenskodex weiterhin unterstützen zu können und der EU zudem die Möglichkeit zu geben, Maßnahmen zur generellen Bekämpfung der Verbreitung von Trägersystemen zu ergreifen. Die Bemühungen um den Beitritt aller EU-Mitgliedstaaten zum Trägertechnologie-Kontrollregime (MTCR) wurden aktiv fortgesetzt, so auch auf der Sitzung der MTCR Points of Contact am 6. und 7. Dezember 2011 in Paris.

5. **EINDÄMMUNG DER CBRN-BEDROHUNG**

Vor dem Hintergrund der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2010 (Dok. A7-0349/2010 / P7_TA(2010)0467) hat die EU die Durchführung des CBRN-Aktionsplans der EU (zur Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Risiken), der 2009 angenommen wurde, verbessert und sich dabei auf die einschlägigen Hilfsprogramme im Rahmen der Instrumente der Europäischen Gemeinschaft gestützt. In diesem Zusammenhang hat die EU mit dem Aufbau eines Europäischen Ausbildungszentrums für nukleare Sicherung bei der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission begonnen; für dieses Vorhaben wurden vorerst 2,4 Mio. EUR bereitgestellt. Zudem werden gegenwärtig — zur Erleichterung der regionalen Zusammenarbeit zur Förderung der CBRN-Politiken und -Fähigkeiten und auf der Grundlage der von der EU im Mai 2010 eingeleiteten Initiative zur Einrichtung von CBRN-Kompetenzzentren — im Rahmen der CBRN-Kompetenzzentren in Südostasien einschlägige Ausbildungs- und Sensibilisierungsprogramme durchgeführt.

Die Ziele der EU-Initiative zu den Kompetenzzentren stimmen weitgehend mit denen der VN-Resolution 1540 überein. Beide betreffen den illegalen Handel mit und die kriminelle Nutzung von CBRN-Stoffen und sind ausschließlich auf nichtstaatliche Akteure ausgerichtet. Allerdings unterscheiden sich die beiden Initiativen in ihrem Ansatz erheblich. Die Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrates ist verbindlich und verpflichtet die Staaten zur Einhaltung der darin festgelegten Vorschriften zur Einführung und Umsetzung bestimmter grundlegender Mindeststandards, die EU-Initiative hingegen bindet die Staaten auf freiwilliger Basis als Partner ein.

Zudem bietet die EU-Initiative ein umfassendes Paket zur Bekämpfung von CBRN-Risiken jeglichen Ursprungs. Sie beschränkt sich nicht auf das Risiko der Proliferation, sondern schließt auch Unfälle und natürliche Ursachen ein.

Die EU-Initiative zu den CBRN-Kompetenzzentren wird derzeit in acht verschiedenen Regionen der Welt umgesetzt: Südosteuropa (Südkaukasus, Republik Moldau, Ukraine), Südostasien, Nordafrika, Atlantikfront Afrikas, Naher Osten, Zentralasien, afrikanische Länder südlich der Sahara und Staaten des Golf-Kooperationsrates. Anfang 2012 werden die ersten fünf regionalen Sekretariate, die als schlanke Struktur in jeder Region eingerichtet werden, ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen können.

6. **REFLEXIONSGRUPPEN**

Gestützt auf den Beschluss 2010/430/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 wurden die Tätigkeiten der EU im Rahmen der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von dem EU-Konsortium für Nichtverbreitung unterstützt, das seine Arbeit im Januar 2011 aufgenommen hat. Im Anschluss an die erste beratende Sitzung (Auftakttreffen) des Europäischen Netzes unabhängiger Reflexionsgruppen für Nichtverbreitungsfragen vom 23./24. Mai 2011 wird im Februar 2012 eine erste Jahrestagung („EU-Nichtverbreitungs- und Abrüstungskonferenz") abgehalten werden. Ziel ist es, in einem offenen Diskussionsforum, an dem Reflexionsgruppen und Regierungsbeamte aus der EU und Drittstaaten teilnehmen, weitere Leitlinien und Anregungen für die Arbeiten der EU im Rahmen der MVW-Strategie zu erarbeiten.

7. **RESOLUTION 1540 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN UND AUSFUHRKONTROLLEN**

Die EU hat Drittländer in stärkerem Maße dabei unterstützt, ihren im Rahmen der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats bestehenden Verpflichtungen nachzukommen und die Kompetenz der Ausfuhrkontrollbeamten zu verbessern; hierzu hat sie gemeinsam mit dem VN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA) und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 eine Reihe regionaler Workshops veranstaltet und bilaterale Besuche durchgeführt. Ein neuer Beschluss des Rates zur Unterstützung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats wurde abgefasst und befindet sich in der Phase der abschließenden Bearbeitung; dieser Beschluss soll gemeinsam mit UNODA umgesetzt werden und der Unterstützung der Arbeit des Ausschusses nach Resolution 1540 dienen. Durch die im April 2011 verabschiedete Resolution 1977 wurde das Mandat dieses Ausschusses um zehn Jahre verlängert, was dazu beitragen wird, das Risiko, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von nichtstaatlichen Akteuren geraten, dauerhaft zu verringern.

Die EU brachte ihr langjähriges Engagement im Hinblick auf die Umsetzung der Resolutionen 1540 und 1977 dadurch zu Ausdruck, dass sie am Rande der 66. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (am 19. Oktober 2011 in New York) eine gemeinsame Erklärung mit den Vereinigten Staaten unterzeichnete.

Die Ausfuhrkontrollregelung der EU für Güter mit doppeltem Verwendungszweck wurde weiter verschärft. Im legislativen Bereich haben das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EU) Nr. 1232/2011 erlassen, mit der fünf neue Allgemeine Ausfuhrgenehmigungen der EU eingeführt werden. Die Aktualisierung der EU-Kontrollliste in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 konnte nahezu abgeschlossen werden und berücksichtigt sowohl die 2009 als auch die 2010 vorgenommen Änderungen der Regelung. Diese Aktualisierung wird voraussichtlich Anfang 2012 in Kraft treten. Um die künftige Aktualisierung der Kontrollliste zu beschleunigen, hat die Kommission im November 2011 einen Vorschlag unterbreitet, wonach künftige Änderungen des Anhangs I über delegierte Rechtsakte abgewickelt werden sollen. Mit ihrem Mitte 2011 veröffentlichten Grünbuch leitete die Kommission eine Überarbeitung des Systems der EU zur Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck im Rahmen von Artikel 25 der Dual-Use-Verordnung ein. Im Zuge der Konsultation gingen über 100 Antworten ein, die die Reform des Systems im Jahre 2012 mitgestalten werden. Zu den Maßnahmen anderer Art zählen die Aktivitäten der Kommission, mit denen zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit und der Austausch praktischer Erfahrungen in Bezug auf die Ausfuhrkontrolle für Dual-Use-Güter intensiviert werden soll. Die Kommission hat das Dual-use e-System, das den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über die Ausfuhrkontrollen erleichtert, weiter entwickelt. Erhebliche Fortschritte wurden bei der Ausarbeitung von EU-Leitlinien für die Ausfuhrkontrolle von Dual-Use-Gütern erzielt. Weitere Maßnahmen waren: Gegenseitige Begutachtungen (peer visits), die Veranstaltung der Konferenz 2011 für Ausführer von Dual-Use-Gütern und die Ausarbeitung eines EU-Schulungsprogramms zur Ausfuhrkontrolle.

8. **WELTRAUM**

Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Rates vom 27. September 2010, die eine überarbeitete Fassung des Entwurfs eines Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten enthalten, hat die EU eine Reihe von Staaten sowohl im Weltraum aktive als auch nicht aktive Staaten — konsultiert, um diesen Vorschlag zu erörtern und ihre Meinung einzuholen. Die Verhandlungen werden nun auf einer anderen Ebene fortgesetzt, da der Entwurf des Kodex auf der ersten von der EU mitgetragenen Multilateralen Expertentagung im ersten Halbjahr 2012 erörtert werden soll, an der alle Staaten teilnehmen können. Diese Tagung dient der Vorbereitung der anschließenden diplomatischen Ad-hoc-Konferenz, auf der der Kodex zur Unterzeichnung freigegeben wird.

9. **MVW-KLAUSELN**

Im Einklang mit ihrer MVW-Strategie hat die EU ihre Bemühungen fortgesetzt, die Nichtverbreitung von MVW in ihren vertraglichen Beziehungen zu Drittländern durchgängig zu berücksichtigen.

Im zweiten Halbjahr 2011 wurden weitere Fortschritte bei den Verhandlungen über die Aufnahme von MVW-Klauseln in einschlägige Übereinkünfte zwischen der EU und Drittstaaten erzielt, insbesondere bei den Verhandlungen mit dem MERCOSUR, Aserbaidschan, Malaysia und Singapur.

10. **MULTILATERALE FOREN**

— G8

In den Sitzungen der für Nichtverbreitungs- und Abrüstungsfragen zuständigen Direktoren der G8 hat sich die EU aktiv engagiert und insbesondere die Ergebnisse des EU-Seminars über die Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, vorgestellt (6./7. Juli 2011, Brüssel).

Die Globale Partnerschaft hat sich in den neun Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 2002 über den G8-Rahmen hinaus zu einer Koordinierungs- und Kooperationsplattform entwickelt, die gegenwärtig 15 zusätzliche Partner umfasst. Auf dem Gipfeltreffen in Deauville im Mai 2011 wurde vereinbart, die biologische Sicherheit, die Umsetzung der Resolution 1540 und nukleare Sicherungsmaßnahmen weiter zu verstärken. Die Vereinigten Staaten, die 2012 den Vorsitz der G8 führen werden, haben auf der letzten Tagung der Globalen Partnerschaft unter französischem G8-Vorsitz angekündigt, dass eine bessere Koordinierung, eine angemessene Finanzierung und eine ordnungsgemäße Verwaltung kleinerer Projekte (im Vergleich zum russischen Ansatz) Priorität haben. Die Einbeziehung (anderer) regionaler Organisationen wird ebenso wie die Verstärkung der regionalen Eigenverantwortung erörtert werden. Die EU-Kompetenzzentren wurden als interessante Methode dargestellt, die von der G8 genutzt werden könnte, um den Informationsaustausch auf regionaler Ebene zu fördern und gegebenenfalls Duplizierungen auf Geberseite zu vermeiden.

— ASEAN Regional Forum (ARF)

Die EU hat ihre Teilnahme an den Tätigkeiten des ARF verstärkt. Unter US-amerikanischer Führung wurde der Entwurf eines Arbeitsplans für Nichtverbreitung und Abrüstung ausgearbeitet und auf der ARF-Ministertagung im Juli 2011 zur Annahme vorgelegt.

Da in der Sitzung der intersessionalen Unterstützungsgruppe (ISG) für vertrauensbildende Maßnahmen und präventive Diplomatie des ARF, die am 8./9. Dezember 2011 in Kambodscha abgehalten wurde, einige Teilnehmer um mehr Zeit für Konsultationen über den Entwurf eines Arbeitsplans gebeten hatten, wurde dessen Annahme verschoben. Die EU teilte mit, dass sie eine frühzeitige Annahme des Dokuments befürworte, und informierte über die Initiative für CBRN-Kompetenzzentren mit Schwerpunkt Südostasien. Die Philippinen, die Republik Korea und Australien werden den Ko-Vorsitz der für März 2012 anberaumten Vierten Intersessionalen Tagung zu Nichtverbreitung und Abrüstung führen. Der Entwurf eines Arbeitsplans wird in der nächsten ARF-Sitzung hoher Beamter im Mai 2012 im Hinblick auf seine abschließende Überarbeitung vorgelegt werden.

11. **POLITISCHER DIALOG**

Treffen im Rahmen des politischen Dialogs über Nichtverbreitung und Abrüstung wurden mit Kanada (6. Oktober 2011, New York), der Ukraine (5. Oktober 2011, New York) und den Vereinigten Staaten (12. Dezember 2011) abgehalten. Informelle Konsultationen über Nichtverbreitung und Abrüstung fanden mit Japan (8. Juli 2011, Brüssel) und Südafrika (16. November 2011, Wien) statt.

ANHANG 1

ANNEX TO THE SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT

Overview of EU Council, Joint Actions and Council decisions in the framework of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2010/585/CFSP of 27 September 2010 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction	The objectives are: — strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol, — assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, — strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA)	Budget: EUR 9 966 000 Official Journal: L 302, 1.10.2010 Estimated duration of the action: 24 months
Council Decision 2010/430/CFSP of 26 July 2010 establishing a European network of independent non-proliferation think tanks in support of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction	The objective of this network of independent non-proliferation think tanks is to encourage political and security-related dialogue and the long-term discussion of measures to combat the proliferation of weapons of mass destruction (WMD) and their delivery systems within civil societies, and more particularly among experts, researchers and academics. It will constitute a useful stepping stone for non-proliferation action by the Union and the international community. The Union wishes to support this network as follows: — through organising a kick-off meeting and an annual conference with a view to submitting a report and/or recommendations to the representative of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy (HR), — through creating an Internet platform to facilitate contacts and foster research dialogue among the network of non-proliferation think tanks. Implementing entity: EU Non-Proliferation Consortium	Budget: EUR 2 182 000 Official Journal: L 205, 4.8.2010 Estimated duration of the action: 36 months
Council Decision 2010/461/CFSP of 26 July 2010 on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organisation (CTBTO) in order to strengthen its monitoring and verification capabilities and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction	The Union will support four projects, the objectives of which are the following: (a) to improve the operation and sustainability of the auxiliary seismic stations network of the CTBT's International Monitoring System; (b) to improve the CTBT verification system through strengthened cooperation with the scientific community; (c) to provide technical assistance to States Signatories in Africa and in the Latin American and Caribbean Region so as to enable them to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBT verification system; (d) to develop an OSI noble gas capable detection system. Implementing entity: The Preparatory Commission of the CTBTO	Budget: EUR 5 280 000 Official Journal: L 219, 20.8.2010 Estimated duration of the action: 18 months

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2009/569/CFSP of 27 July 2009 — OPCW	The objective is to support the universalisation of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties. Objectives are: — to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the Convention, and — to promote universality, Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons	Budget: EUR 2 110 000 Official Journal: L 197, 29.7.2009 Estimated duration of the action: 18 months
Council Decision 2008/974/CFSP of 18 December 2008 in support of HCoC	The EU supports three aspects of the Code as follows: — universality of the Code, — implementation of the Code, — enhancement and improved functioning of the Code. Implementing entity: Fondation pour le Recherche Stratégique	Budget: EUR 1 015 000 Official Journal: L 345, 23.12.2008 Estimated duration of the action: 24 months
Council Joint Action 2008/588/CFSP of 10 November 2008 in support of BTWC	The overall objective is: — to support the universalisation of the BTWC, — to enhance the implementation of the BTWC, including the submission of CBM declarations, and — to support the best use of the Inter-Sessional Process 2007-2010 for the preparation of the 2011 Review Conference. Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA) — Geneva	Budget: EUR 1 400 000 Official Journal: L 302, 13.11.2008 Estimated duration of the action: 24 months
Council Joint Action 2008/588/CFSP of 15 July 2008 in support of CTBTO	The EU supports the development of capacity of the Preparatory Commission of the CTBTO in the area of verification by: — noble gas monitoring: radio-xenon measurements and data analysis, — integrating States Signatories in Africa to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBTO monitoring and verification system, Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission	Budget: EUR 2 316 000 Official Journal: L 189, 17.7.2008 Estimated duration of the action: 18 months
Council Joint Action 2008/368/CFSP of 14 May 2008 in support of the implementation of UNSCR 1540	The projects in support of the implementation of UNSCR 1540 will take the form of six workshops aiming at enhancing the capacity of officials responsible for managing the export control process in six subregions (Africa, Central America, Mercosur, the Middle East and Gulf Regions, Pacific Islands and South-East Asia), so that they can at a practical level undertake implementation efforts of UNSCR 1540. The proposed workshops will be specifically tailored for border, customs and regulatory officials and will comprise the main elements of an export control process including applicable laws (including national and international legal aspects), regulatory controls (including licensing provisions, end-user verification and awareness-raising programmes) and enforcement (including commodity identification, risk-assessment and detection methods). Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA)	Budget: EUR 475 000 Official Journal: L 127, 15.5.2008 Estimated duration of the action: 24 months

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2008/314/CFSP of 14 April 2008 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification — IAEA IV	The objectives are: — strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol, — assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, — strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA)	Budget: EUR 7 703 000 Official Journal: L 107, 17.4.2008 Estimated duration of the action: 24 months
Council Joint Action 2008/307/CFSP of 14 April 2008 in support of the World Health Organisation activities in the area of laboratory bio-safety and bio-security	The overall objective is to support the implementation of the BTWC, in particular those aspects that relate to the safety and security of microbial or other biological agents and toxins in laboratories and other facilities, including during transportation as appropriate, in order to prevent unauthorised access to and removal of such agents and toxins. — Promotion of bio-risk reduction management through regional and national outreach — Strengthening the security and laboratory management practices against biological risks Implementing entity: The World Health Organisation	Budget: EUR 2 105 000 Official Journal: L 106, 16.4.2008 Estimated duration of the action: 24 months
Council Joint Action 2007/753/CFSP of 19 November 2007 in support of IAEA monitoring and verification activities in the DPRK	Objective: — to contribute to the implementation of monitoring and verification activities in the DPRK, in accordance with the Initial Actions of 13 February 2007, as agreed in the framework of the six-party-talks. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA Department of Safeguards)	Budget: EUR 1 780 000 Official Journal: L 304, 22.11.2007 Estimated duration of the action: 18 months
Council Joint Action 2007/468/CFSP of 28 June 2007 — CTBTO II	The objective is to support the early entry into force of the Treaty, and need to the rapid buildup of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT) verification regime via: — improvement of the knowledge of Provisional Technical Secretariat noble gas measurements, — support to on-site inspection via the support for the Preparations for the Integrated Field Exercise 2008. Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission	Budget: EUR 1 670 000 Official Journal: L 176, 6.7.2007 Estimated duration of the action: 15 months
Council Joint Action 2007/185/CFSP of 19 March 2007 — OPCW	The objective is to support the universalisation of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties: — promotion of universality of the CWC, — support for full implementation of the CWC by States Parties, — international cooperation in the field of chemical activities, as accompanying measures to the implementation of the CWC, — support for the creation of a collaborative framework among the chemical industry, OPCW and national authorities in the context of the 10th anniversary of the OPCW. Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons	Budget: EUR 1 700 000 Official Journal: L 85, 27.3.2007 Estimated duration of the action: 18 months

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2007/178/CFSP of 19 March 2007 — Russian Federation IV	The objective is to assist the Russian Federation in destroying some of its chemical weapons, towards fulfillment of Russia's obligations under the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and use of Chemical Weapons and on their Destruction. This Joint Action supported the completion of the electricity supply infrastructure at Shchuch'ye chemical weapon destruction facility, in order to provide a reliable power supply for the operation of the chemical weapon destruction facility. Implementing entity: The Ministry of Defence of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	Budget: EUR 3 145 000 Official Journal: L 81, 22.3.2007 Estimated duration of the action: 18 months
Council Joint Action 2006/418/CFSP of 12 June 2006 — IAEA III	The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as: — legislative and regulatory assistance, — strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, — strengthening of States' capabilities for detection and response to illicit trafficking. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency	Budget: EUR 6 995 000 Official Journal: L 165, 17.6.2006 Estimated duration: the action expired on 12.9.2007
Council Joint Action 2006/419/CFSP of 12 June 2006 — UNSCR 1540	The action aimed at addressing three aspects of the implementation: — awareness-raising of requirements and obligations under the Resolution, — contributing to strengthening national capacities in three target regions (Africa, Latin America and Caribbean, Asia-Pacific) in drafting national reports on the implementation of UNSC Resolution 1540 (2004), and — sharing experience from the adoption of national measures required for the implementation of the Resolution. Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA — formerly the Department for Disarmament Affairs)	Budget: EUR 195 000 Official Journal: L 165, 17.6.2006 Estimated duration: the action expired on 12.6.2008
Council Joint Action 2006/243/CFSP of 20 March 2006 — CTBTO I	The objective is to improve the capacity of CTBT Signatory States to fulfil their verification responsibilities under the CTBT and to enable them to fully benefit from participation in the Treaty regime by a computer-based training/self-study. Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission	Budget: EUR 1 133 000 Official Journal: L 88, 25.3.2006 Estimated duration of the action: 15 months
Council Joint Action 2006/184/CFSP of 27 February 2006 — BTWC	Overall objective: to support the universalisation of the BTWC and, in particular, to promote the accession to the BTWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the BTWC by the States Parties. — Promotion of the universality of the BTWC — Support for implementation of the BTWC by the States Parties Implementing entity: The Graduate Institute of International Studies, Geneva	Budget: EUR 867 000 Official Journal: L 65, 7.3.2006 Estimated duration of the action: 18 months

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2005/913/CFSP of 12 December 2005 — OPCW II	The objective is to support the universalisation of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties. — Promotion of universality of the CWC — Support for implementation of the CWC by the States Parties — International cooperation in the field of chemical activities Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons	Budget: EUR 1 697 000 Official Journal: L 331, 17.12.2005 Estimated duration of the action: 12 months
Council Joint Action 2005/574/CFSP of 18 July 2005 — IAEA II	The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as: — strengthening the physical protection of nuclear materials and other radioactive materials in use, storage and transport and of nuclear facilities, — strengthening of security of radioactive materials in non-nuclear applications, — strengthening of States' capabilities for detection and response to illicit trafficking, — legislative assistance for the implementation of states' obligations under IAEA Safeguards Agreements and Additional Protocols. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency	Budget: EUR 3 914 000 Official Journal: L 193, 23.7.2005 Estimated duration of the action: 15 months
Council Joint Action 2004/797/CFSP of 22 November 2004 — OPCW I	The objective is to support the universalisation of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties. — Promotion of universality of the CWC — Support for implementation of the CWC by the States Parties — International cooperation in the field of chemical activities Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons	Budget: EUR 1 841 000 Official Journal: L 349, 25.11.2004 Estimated duration of the action: 12 months
Council Joint Action 2004/796/CFSP of 22 November 2004 — Russian Federation III	The objective is to contribute to reinforcing the physical protection of nuclear sites in Russia, so as to reduce the risk of theft of nuclear fissile material and of sabotage by improving the physical protection for fissile materials at the Bochvar Institute in Moscow (VNIINM) of the Russian Federal Agency for Atomic Energy FAAE (formerly MINATOM). Implementing entity: The Federal Republic of Germany	Budget: EUR 7 730 000 Official Journal: L 349, 25.11.2004 Estimated duration of the action: 36 months
Council Joint Action 2004/495/CFSP of 17 May 2004 — IAEA I	The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as: — strengthening the physical protection of nuclear materials and other radioactive materials in use, storage and transport and of nuclear facilities, — strengthening of security of radioactive materials in non-nuclear applications, — strengthening of States' capabilities for detection and response to illicit trafficking. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency	Budget: EUR 3 329 000 Official Journal: L 182, 19.5.2004 Estimated duration of the action: 15 months

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2003/472/CFSP of 24 June 2003 — Russian Federation II	This Joint Action aims at financing a unit of experts under the cooperation programme for non-proliferation and disarmament in the Russian Federation.	Budget: EUR 680 000 Official Journal: L 157, 26.6.2003 Duration: shall expire on the date of expiry of European Union Common Strategy 1999/414/CFSP on Russia
Council Joint Action 1999/878/CFSP of 17 December 1999 — Russian Federation I	The project contributed to: — a chemical weapons pilot destruction plant situated in Gorny, Saratov region, Russia, — a set studies and experimental studies on plutonium transport, storage and disposition.	Budget: EUR 8 900 000 Official Journal: L 331, 23.12.1999 Duration: shall expire on the date of expiry of the European Union Common Strategy 1999/414/CFSP on Russia

ANHANG 2

ANNEX TO THE SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT

Overview of instrument for stability, priority 1

'Risk mitigation and preparedness relating to chemical, biological, radiological and nuclear materials or agents'

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
n.a.	Retraining former weapon scientists and engineers through support for International Science and Technology Centre (ISTC, Moscow) and Science and Technology Centre (STCU, Kiev)	The main objective of the centres is to redirect scientists/engineers' talents to civilian and peaceful activities through science and technological cooperation.	ISTC/STCU	EUR 235 million	TACIS 1997-2006
				EUR 15 million	IFS 2007
				EUR 8 million	2008
				EUR 7,5 million	2009
				EUR 5,0 million	2010
				EUR 4,5 million	2011

AAP 2007 (Excluding funding for ISTC/STCU)

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2008/145-156	Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in FSU countries (Russian Federation, Ukraine, Armenia, Moldova, Georgia, Azerbaijan and Belarus)	The purpose of the action is to supply equipment for detection of NRM at border check points as it was identified in the previous phase of the activity financed by TACIS Nuclear Safety programme, contributing thus to reduce nuclear and radiation terrorism threat.	JRC	EUR 5 million	11.7.2008-12.4.2013
IFS/2008/145-130	Assistance in export control of dual-use goods	The specific objective is to support the development of the legal framework and institutional capacities for the establishment and enforcement of effective export controls on dual-use items, including measures for regional cooperation with a view of contributing to the fight against the proliferation of WMD and related materials, equipment and technologies.	BAFA (D)	~ EUR 5 million	19.3.2008-31.12.2010

AAP 2007 (Excluding funding for ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2008/145-132	Knowledge management system on CBRN trafficking	The overall objective of the activity is to improve capabilities of participating States, neighbouring countries of the EU in South-East Europe and possibly Caucasus, to combat the illicit trafficking and criminal use of CBRN materials (preparation phase to 'EU CBRN Centres of Excellence').	UNICRI	EUR 1 million	31.1.2008-1.8.2010

AAP 2008 (Excluding funding for ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2009/200-523	Knowledge management system on CBRN trafficking in North Africa and selected countries in the Middle East	The aim of the project would be to develop a durable cooperation legacy in the area of trafficking of CBRN materials (preparation phase to 'EU CBRN Centres of Excellence').	UNICRI	EUR 1 million	16.3.2009-15.7.2011
IFS/2009/217-540	Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in Central Asian countries	The project will address shortcomings in the safety/security practices of key biological facilities in selected countries of Central Asia. The main objectives of the project are to raise the skills of the personnel working at facilities (laboratories) handling dangerous biological agents or supervising those facilities, and to provide additional equipment, as needed, to ensure an adequate level of bio-safety and security.	ISTC	EUR 6,8 million	21.9.2009-21.9.2014
IFS/2009/219-636	Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in selected FSU and Mediterranean Basin countries and preparation of border management activities in the ASEAN region	The overall objective of this project is to reduce the threat of nuclear and radiation terrorism. For this purpose the assistance will be provided to the partner countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of nuclear and radioactive materials (NRM) illicit trafficking.	JRC	EUR 6,7 million	2.12.2009-1.12.2014

AAP 2008 (Excluding funding for ISTC/STCU)

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2009/216-327	Awareness raising of exporters export Control of dual-use goods	The overall objective of the project is to enhance the effectiveness of export control of dual use items in the Russian Federation, with a view to contribute to the fight against the proliferation of WMD. The specific objectives will be achieved through information exchange with EU exporters, support industry and researchers for awareness raising, organisation of seminars for exporters in the regions of the Russian Federation.	Russian independent non-profit organisation for professional advancement 'Export Control Training Center'	EUR 1 million	1.9.2009-1.3.2011

AAP 2009 (Excluding funding for ISTC/STCU)

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2010/239-471 (UNICRI main) — IFS/2010/239-481 (JRC main) — IFS/2010/253-483 and IFS/2010/253-485 (pilot projects JRC and Univ. Milan)/IFS/2010/250-984 (UNICRI establishment of 2 Secretariats)	CBRN Centre of Excellence — First phase	To set up a mechanism contributing to strengthen the long-term national and regional capabilities of responsible authorities and to develop a durable cooperation legacy in the fight against the CBRN threat.	UNICRI/JRC main contracts/2 pilot projects in South-East Asia/first stup (2 Secretariats in Caucasus and South-East Asia)	EUR 5 million	May 2010-May 2012
IFS/2010/235-364	Border monitoring activities in the Republic of Georgia, Central Asia and Afghanistan	To enhance the detection of radioactive and nuclear materials at identified borders crossing and/or nodal points in the Republic of Georgia, at southern borders of selected Central Asian countries with Afghanistan and at the airport of Kabul.	JRC	EUR 4 million	4.5.2010-4.5.2013
IFS/2010/238-194	EpiSouth: a network for the control of health and security threats and other bio-security risks in the Mediterranean Region and South-East Europe	To increase through capacity building the bio-security in the Mediterranean region and South-East Europe (10 EU + 17 non-EU countries).	Istituto Superiore di Sanità, Rome (Italy)	EUR 3 million	15.10.2010-15.4.2013
IFS/2010/247-264 (service) IFS/2010/248-064 + IFS/2010/258-635 (supply)	Redirection of former Iraqi WMD scientists through capacity building for decommissioning of nuclear facilities, including site and radioactive waste management	To assist Iraq with redirection of scientists and engineers possessing WMD-related skills and dual-use knowledge through their engagement in a comprehensive decommissioning, dismantling and decontamination of nuclear facilities.	UNIVERSITA DEGLI STUDI DELL'INSUBRIA (service) — CANBERRA + NNL (supplies)	EUR 2,5 million (1,5 million for service + 1,5 million for supplies)	August 2010-August 2013

AAP 2009 (Excluding funding for ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2010/253-484	Knowledge management system on CBRN risk mitigation — Evolving towards CoE 'Mediterranean Basin'	To integrate the existing knowledge management systems, namely for South-East Europe and for North Africa, and to prepare the evolution towards a Centre of Excellence in the Mediterranean Basin dealing with CBRN risk mitigation (preparation phase to 'EU CBRN Centres of Excellence').	UNICRI	EUR 0,5 million	25.11.2010-30.4.2012
IFS/2010/254-942	Bio-safety and bio-security improvement at the Ukrainian anti-plague station (UAPS) in Simferopol	To contribute to full implementation of the BTWC (Biological and Toxin Weapons Convention) in Ukraine, which includes the prevention of illicit access to pathogens by terrorists and other criminals.	STCU	EUR 4 million	22.11.2010-21.8.2014
IFS/2010/256-885	Assistance in export control of dual-use goods	Continuation of the on-going activities in this field in the already covered countries, with possible extension to other regions/countries.	BAFA (D)	EUR 5 million	21.12.2010-1.7.2013

AAP 2010 (Excluding funding for ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2011/263-555 (set-up) IFS/2011/273-506 (actions)	CBRN Centres of Excellence — Second phase	Set-up of three to four new Centres in the Middle East and, possibly, Gulf region, Mediterranean Basin, Central Asia and Southern Africa and extension of the projects in South-East Asia and in Ukraine/South Caucasus and implementation of thematic projects in all project areas of priority 1.	UNICRI	EUR 4,5 million EUR 16,3 million	23.8.2011-28.2.2013
IFS/2011/273-571	Enhancing the capability of the IAEA Safeguards Analytical Service (ECAS) — EU contribution to the new Nuclear Material Laboratory (NML)	To ensure that the IAEA has a strong independent analytical capability for safeguards in the decades to come by means of expansion and modernisation of the IAEA Safeguards Analytical Services.	IAEA	EUR 5 million	30.11.2011-30.11.2015

AAP 2010 (Excluding funding for ISTC/STCU)

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2011/272-372 (service) and IFS/2011/272-424 (supplies)	Establishment of mobile laboratories for pathogens up to risk group 4 in combination with CBRN capacity building in sub-Saharan Africa	Implementation of two units of mobile labs to be used to perform diagnosis of up to group 4 infectious agents in sub-Saharan Africa and one 'stand-by' unit based in EU for training purposes and to be deployed in other countries outside EU where these agents are endemic or outbreaks occur.	BERNHARD-NOCHT-INSTITUT FUR TROPEN-MEDIZIN (service) — supply under evaluation	EUR 3,5 million	15.12.2011-14.12.2015
IFS/2011/273-572	Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in South Caucasus and in Central Asian countries	To raise the capabilities of State organisations in target countries responsible for bio-safety and bio-security in a way that will result in a substantial improvement of the countries' bio-safety/security situations.	UNICRI	EUR 5 million	1.1.2012-31.12.2015

AAP 2011 (Excluding funding for ISTC/STCU)

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2011/278-349	Multilateral nuclear assurances — EU contribution to the low enriched uranium bank under the supervision of the International Atomic Energy Agency (IAEA)	The IfS contribution (EUR 20 million) will be dedicated to the purchase of a quantity of low enriched uranium.	IAEA	EUR 20 million	30.11.2011-30.11.2013
—	Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence — Third phase	(1) To extend existing activities (management contracts with JRC and UNICRI) till the end of 2014 with the aim of improving national CBRN policies and defining comprehensive tailored assistance packages, in a coherent and effective combination of national and regional dimensions (EUR 3,5 million); (2) to extend the existing Secretariats till the end of 2013 (EUR 3,1 million); and (3) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual-use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, scientists' engagement (EUR 8,1 million).		EUR 14,7 million	To be signed in 2012

AAP 2011 (Excluding funding for ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
—	Border monitoring activities in the Democratic Republic of the Congo, Russian Federation, Ukraine and South-East Asia	To counteract nuclear and radiation terrorism threat. For this purposes the assistance should be provided to the identified countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of nuclear and radioactive materials (NRM) illicit trafficking, including training and establishment of an expert network.		EUR 5,8 million	To be signed in 2012
—	Cooperation in export control of dual-use goods	To strengthen the export control systems of partner countries, with a strong link with the Regional Centres of Excellence activities, by aligning them to the standard of the international export control regimes and treaties and therefore meeting the requirements of the UNSCR 1540 (2004).		EUR 3 million	To be signed in 2012